

2692/AB XX.GP

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beige-schlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Ernst Fink und Kollegen vom 11. Juli 1997, Nr 2804/J, betreffend Verzögerung des Abkommens zwischen der Republik Österreich und der Republik Slowenien über den frühzeitigen Austausch von Informationen bei radio-logischen Gefahren und über Fragen gemeinsamen Interesses aus dem Bereich der nuklearen Sicherheit und des Strahlenschutzes, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1 und 2.:

Am 16. April 1996 wurde der Vortrag, betreffend die Unterzeichnung des gegenständlichen Abkommens mit Slowenien, in der Sitzung des Ministerrates ohne Einspruch im Sinne des Antrages angenommen. Weiters hat das Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten den Entwurf eines Ministerratsvortrages zur Ratifizierung des gegenständlichen Abkommens zur Begutachtung übermittelt, gegen den das Bundesministerium für Finanzen ebenfalls keinen Einwand erhob.

Weshalb die Vorlage zur Ratifikation dieses Abkommens vom Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten dem Ministerrat zur Beschlußfassung und Weiterleitung an den Nationalrat nicht vorgelegt wurde, entzieht sich meiner Kenntnis.

Zu 3.:

Eine Bedeckung der entstehenden Kosten muß durch das zuständige (vollziehende) Ressort erfolgen und ist nach Ansicht des Bundesministeriums für Finanzen auch in den Ansätzen des Bundesvoranschlages für das Jahr 1998 gegeben.